

Arbeitsvermittlung für heimgekehrte Kriegsteilnehmer.

□ Berlin, 4. Mai. Der am 30. April auf Einladung des Reichsamts des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Delbrück abgehaltenen Konferenz über eine Regelung der Arbeitsvermittlung für heimgekehrte Kriegsteilnehmer, an der neben Referenten der Reichs- und Staatsbehörden auch Vertreter einer großen Zahl von Organisationen teilnahmen, war ein Programm zu Grunde gelegt, das sich in vier Hauptpunkte gliederte.

An erster Stelle wurden die Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände erörtert. In Bezug auf die Herausgabe von Adressenverzeichnissen der sämtlichen nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise wurde der Wunsch ausgesprochen, daß diese Adressenverzeichnisse nicht durch die Verbände, sondern durch das kaiserliche Statistische Amt herausgegeben werden. Die Regierung sagte eine Prüfung dieser Anregung zu, die augenblicklich Gegenstand von Erörterungen ist. Weiter wurden die Errichtung und der Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten sowie ein Ausgleich der Arbeitsgesuche und Angebote im interlokalen Verkehr besprochen. Bei den Maßnahmen der Arbeitsnachweise fand die in Aussicht genommene Forderung des Zusammenarbeitens aller in einem Ort befindlichen Arbeitsnachweise durch Einrichtung einer Zentralauskunftsstelle die Zustimmung der Versammlung. Es wurde betont, daß sich in einigen Großstädten, beispielsweise in der Reichshauptstadt, schon solche Zentralauskunftsstellen als außerordentlich nützlich erwiesen hätten. Eine enge Fühlung mit Behörden und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und eine ausgiebige Benutzung des Arbeitsmarktanzeigers soll nach Möglichkeit gefordert werden.

Bei den Maßnahmen der Arbeitgeber wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß alle offenen Stellen von den Arbeitgebern nicht durch organisierte Arbeitsnachweise aller Art gemeldet werden, um ein persönliches Aufsuchen der Arbeitsstätte durch die Arbeitnehmer unnötig zu machen. Dem Wunsche nach Wiedereinstellung der nach Friedensschluß heimkehrenden Arbeiter wurde von den Vertretern der Arbeitgeber Erfüllung zugesagt, soweit es mit der Lage des Betriebes nur irgend vereinbar wäre. Besonders wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Wiedereinstellung früherer Arbeiter auf die inzwischen beschäftigten Ersatzkräfte Rücksicht zu nehmen, um zu verhindern, daß unter diesen eine plötzliche Arbeitslosigkeit eintrete.

Der letzte Punkt des Programms waren Wünsche in Bezug auf Verwaltungsmaßnahmen der Reichs-, Staats- und kommunalen Behörden, insbesondere der Heeres- und Marineverwaltung. Hier wurde aus der Mitte der Versammlung der Wunsch laut, daß die Heeresverwaltung in Zukunft bei der Entlassung von Mannschaften nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie berücksichtigen möge.

Im allgemeinen ergab sich in der Versammlung eine volle Uebereinstimmung in Bezug auf die für die Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Krieger zu ergreifenden Maßnahmen.